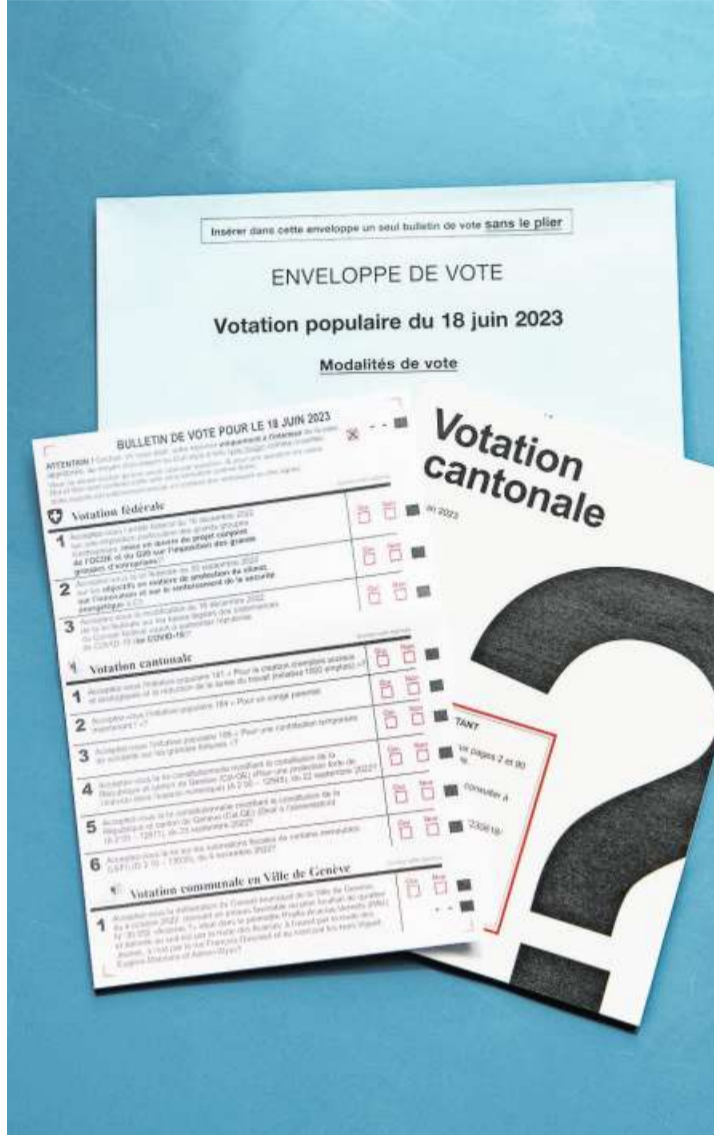


MARINE GONARD FÜR NZZ AM SONNTAG



«Abstimmen ist cool»: Aline Depedrini, 36.



Über sechs Vorlagen stimmt Genf diesen Sonntag ab.



«Es geht um Genf, was hier passiert»: Joana Pires, 24.

In Genf dürfen auch Behinderte abstimmen. Wie geht das?

Abstimmungsvorlagen sind meist kompliziert. Der Besuch in einem Workshop für behinderte Menschen in Genf zeigt: Es ist für alle möglich, eine politische Meinung zu haben. **Von Andrea Kučera (Text), Marine Gonard (Bilder)**

Manchmal braucht es wenig, und Demokratie verdichtet sich auf ein paar einfache Worte: «Ihr seid Teil der Bevölkerung. Eure Meinung zählt.» Sandra Rigotti spricht laut und deutlich. Macht kurze Sätze. «Das ist wichtig!»

Es ist ein sonniger Junimorgen in Meinier, einem Vorort von Genf. Vor Rigotti sitzen rund zwanzig Personen mit einer psychischen oder geistigen Beeinträchtigung. Einige von ihnen stehen unter Beistandschaft. Sie alle wollen sich informieren, worüber in Genf am 18. Juni abgestimmt wird. «Forum votation» nennt sich der Workshop, den das EPI, eine öffentliche Einrichtung für Integration, vor jeder kantonalen Abstimmung ausrichtet.

Unter den Teilnehmenden sind junge Männer, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Stelle finden, ältere Frauen mit psychischen Problemen, Menschen mit einer geistigen Behinderung. Sie stellen zum Beispiel in einer geschützten Werkstatt Kerzen her, füllen bunte Filzstifte in Schachteln, machen eine Anlehre als Reinigungskraft. Doch heute lernen sie, warum der Kanton Genf die «virtuelle Integrität» in die Verfassung schreiben will. «Die Regierung hält es für wichtig, dass ihr im Internet vor Hackern geschützt seid», erklärt die EPI-Mitarbeiterin. «Und dass es ein Recht auf Vergessen gibt.»

Auf einmal meldet sich ein Teilnehmer in der dritten Reihe. «Heisst Recht auf Vergessen, dass ich mein Passwort vergessen darf?» Rigotti verneint. «Es geht hier um das Recht, dass ich die Löschung von meinen Fotos im Netz verlangen kann.» «Aber was mach ich, wenn ich mein Passwort vergessen habe?» Ruhig erklärt ihm Rigotti, dass man in solchen Fällen sein Passwort meist zurücksetzen könne. Und fährt dann fort: «Der Kanton Genf will also die virtuelle Integrität in die Verfassung schreiben. Die Verfassung ist unser wichtigstes Gesetz. Sie ist das grosse Gesetz.» Mit ihren Händen macht sie eine ausladende Bewegung. «Die Regierung muss diesem Gesetz gehorchen.»

Was in diesem schmucklosen Schulungsraum in der Agglomeration von Genf vor sich geht, hat Signalwirkung für die ganze Schweiz: Als erster Kanton hat nämlich Genf

Genf setzt einen Trend

11 400 Menschen stehen in der Schweiz unter umfassender Beistandschaft und dürfen nicht wählen. Doch das ändert sich gerade: Nach Genf schicken sich unter anderem Wallis, Waadt, Solothurn und Zürich an, ihnen politische Rechte zu geben. Auch der Bundesrat befürwortet eine Motion, die ihre politische Teilhabe verlangt.

am 29. November 2020 allen Personen mit einer geistigen Behinderung das Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler Ebene erteilt. «Ein wegweisender Schritt», kommentierten damals die Behindertenorganisationen. Inzwischen gibt es Anläufe in mehreren Kantonen. Und auch der Bund ist aktiv geworden.

«Abstimmen ist cool»

Noch aber ist Genf der einzige Ort, wo Leute, die unter umfassender Beistandschaft stehen, mitbestimmen können. Es sind Menschen wie die 36-jährige Aline Depedrini, die in der Kerzenwerkstatt arbeitet und Hilfe braucht, um ihren Nachnamen zu schreiben. Während des Workshops sitzt sie in der ersten Reihe und hört aufmerksam zu. «Abstimmen ist cool», findet sie. «Ich lerne viele neue Sachen.»

Im Abstimmungskampf vor zweieinhalb Jahren war eine der zentralen Fragen: Kann jemand, der unter umfassender Beistandschaft steht, die komplexen Abstimmungsunterlagen überhaupt verstehen? Eine umfassende Beistandschaft wird gemäss Pro Infirmis dann angeordnet, wenn eine besonders ausgeprägte Hilfsbedürftigkeit besteht. «Mit der Errichtung einer umfassenden Beistandschaft entfällt die Handlungsfähigkeit von Gesetzes wegen», schreibt der Verband auf seiner Website.

Ist es richtig, dass Menschen, die als nicht urteilsfähig gelten, über die virtuelle Integrität abstimmen dürfen? Murat Alder sagt Nein. Der FDP-Politiker vertrat damals im Grossrat die Haltung der Gegner. Und er findet heute noch: «Für mich gehören Urteilsfähigkeit und politische Rechte zusammen.» Er akzeptiere selbstverständlich das Resultat der Abstimmung (75 Prozent nahmen damals die Vorlage an). Und er wolle auch niemanden diskriminieren. «Ich sehe einfach das Risiko, dass diese Personen beeinflusst werden.»

Cyril Mizrahi, der für die SP im Grossrat sitzt, widerspricht: «Urteilsfähigkeit hat nichts mit den politischen Rechten zu tun», sagt der auf Behindertenrechte spezialisierte Anwalt. «Als nicht urteilsfähig gilt, wer keinen vernünftigen Entscheid treffen kann.» Doch in der politischen Debatte gehe es nicht um Vernunft. «Es geht um Meinungen.» Und jede

erwachsene Person habe das Recht auf eine Meinung, auf politische Partizipation. «Sonst wird sie diskriminiert.» Dieser Ansicht ist auch der Uno-Ausschuss für die Behindertenrechte, der die Schweiz in seinem jüngsten Länderbericht gerügt hat.

Doch die Frage bleibt: Wie informiert man eine kognitiv beeinträchtigte Person über ein komplexes Thema, ohne sie zu beeinflussen? «Indem ich versuche, den Inhalt einer Vorlage auf ihre Essenz herunterzubrechen», erläutert Rigotti ihr Vorgehen. Und indem sie nie über ihre eigene Meinung spreche.

Es ist inzwischen kurz nach zehn, und sie ist bei der nächsten Vorlage angelangt: das Recht auf Essen. Mitte-links-Parteien wollen in die Verfassung schreiben, dass alle vor Hunger geschützt sein und Zugang zu gesundem, lokal produziertem Essen haben müssen. «Sie wollen McDonald's schliessen!», ruft ein Teilnehmer dazwischen. Alle lachen. «Niemand muss gesund essen», klärt Rigotti. «Aber alle sollen Zugang zu gesundem Essen haben.»

Dann kommt sie zu den Pros und Contras. Sie sagt, dass es den Befürwortern unter anderem auch um den Schutz der Bauern gehe. «Damit ich einen Apfel aus der Region essen kann, braucht es Bauern, die diesen Apfel anbauen.»

Es fällt auf, dass sie immer nur von Befürwortern und Gegnern spricht, nie von der Haltung der Parteien. Das ist kein Zufall. «Dafür müsste ich zuerst erklären, wofür die verschiedenen Parteien stehen», erklärt sie. Das wäre eine Abstraktionsstufe mehr.

Deshalb beschränkt sich Rigotti im Workshop darauf, die verschiedenen Argumente zu nennen: «Die Gegner finden, es brauche das neue Gesetz nicht», sagt sie. Denn schon heute stehe in der Verfassung, dass die elementa-

Auf einmal meldet sich ein Teilnehmer in der dritten Reihe. «Heisst Recht auf Vergessen, dass ich mein Passwort vergessen darf?»

ren Bedürfnisse gedeckt sein müssten. «Und Essen und Trinken sind elementare Bedürfnisse.» Viele im Saal nicken. «Es ist an euch zu entscheiden: Genügt auch das, was heute in der Verfassung steht? Oder wollt ihr das Recht auf Essen präziser in die Verfassung schreiben?»

Die Informationsveranstaltung ist erst die letzte Etappe eines langen Prozesses, der bereits rund sechs Wochen vorher beginnt. Sobald die Abstimmungsunterlagen bereitstehen, macht sich eine kantonale Arbeitsgruppe daran, die Vorlagen in leichte Sprache zu übersetzen. Es gibt dafür bestimmte Regeln: keine Fremdwörter, kurze Sätze, «5» statt «fünf», keine Negationen. «Für Nichtschwimmer nicht geeignet» etwa ist nicht leichte Sprache.

Stehen die Texte, werden sie einer Begleitgruppe von behinderten Personen präsentiert, die in den Werkstätten des EPI arbeiten. Nun geht es um den Feinschliff. Oft sind es einzelne Wörter, die für diese Menschen schwer verständlich sind. So diskutierte die Gruppe zum Beispiel, ob Landwirt oder Bauer einprägsamer ist. Sie entschied sich für Bauer. Wenn alles bereinigt ist, lädt das EPI zum Workshop. Rigotti nennt die Veranstaltung «die Kirsche auf dem Kuchen».

«Es geht um Genf»

11 Uhr 30 in der Cafeteria neben dem Schulungsraum: Aline Depedrini sitzt neben Joana Pires und rührt mit einem Löffel in ihrem Milchkaffee. Die zwei jungen Frauen kennen sich von der Arbeit in der Kerzenwerkstatt und sind beste Freundinnen, ausser sie haben gerade Streit. Werden sie nach dem Workshop von heute abstimmen gehen?

Depedrini sagt, sie habe vor allem das mit der gesunden Ernährung interessant gefunden. «Ich muss schauen, dass ich nicht zu viel esse und zunehme, darum interessiert mich das Thema.» Die 24-jährige Pires sagt, sie liebe alle Abstimmungsthemen. «J'aime tous les sujets.» Auch wenn abstimmen manchmal kompliziert sei, mache sie immer mit. «Denn es geht um Genf, was hier passiert.»

Manchmal braucht es wenig, und Demokratie verdichtet sich auf ein paar einfache Worte.